

Auf der Suche nach dem verlorenen Grund: 'Post-Demokratie' als historische und systematische Reflexionskategorie Sozialer Arbeit

Lütke-Harmann, Martina

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lütke-Harmann, M. (2013). Auf der Suche nach dem verlorenen Grund: 'Post-Demokratie' als historische und systematische Reflexionskategorie Sozialer Arbeit. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 33(130), 23-40. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48252-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Martina Lütke-Harmann

Auf der Suche nach dem verlorenen Grund
'Post-Demokratie' als historische und systematische
Reflexionskategorie Sozialer Arbeit¹

Anliegen dieses Beitrages ist es, das Verhältnis Sozialer Arbeit zur Politik aus der Perspektive einer post-fundamentalistischen Theorie des Politischen zu betrachten. Zuerst werde ich fragen, was eine systematische Lesart des Topos der Postdemokratie für eine solche Re-Lektüre beitragen kann. Im Anschluss an diese Überlegungen möchte ich vorschlagen, das Verhältnis Sozialer Arbeit und Politik auf der Basis ihrer politischen Repräsentationen historisch zu rekonstruieren.

Sozialpädagogik und Politik: zwei (Be-)Gründungen
Sozialpädagogische Bezugnahmen auf das Politische
schwanken zwischen Normalisierung und Demokratisierung,
Affirmation und Kritik

Wird Normalisierung als Funktion und Aufgabe Sozialer Arbeit bestimmt, geschieht dies meistens auf dem Hintergrund eines Politikverständnisses, das die ökonomischen und herrschaftsstabilisierenden Funktionen staatlich strukturierter Institutionen wie der Sozialen Arbeit hervorhebt. Eine solche Perspektive lässt sich für den gegenwärtigen Diskurs exemplarisch anhand der Position von Hans-Jürgen Dahme und Norbert Wohlfahrt (vgl. 2012) konkretisieren. Theoretische Voraussetzung ihrer Normalisierungsthese ist ein marxistisches Konzept staatlicher Institutionen als „Subjekte der Sicherung und Fortentwicklung

1 Ich danke Rita Casale und den TeilnehmerInnen des Wuppertaler Forschungskolloquiums „Historische Bildungsforschung und Bildungstheorie“, deren Anregungen und Kritik die Überlegungen zu diesem Text maßgeblich inspiriert und beeinflusst haben.

einer real existierenden kapitalistischen Ökonomie“ (Dahme/Wohlfahrt 2011: 387). Unter der kapitalismuskritischen Prämisse eines Primates der Ökonomie wird die Soziale Arbeit „als fallbezogene Bearbeitung und Verwaltung nicht mehr konkurrenzfähiger subjektiver Lebenslagen bestimmt[t] und sie ist in dieser Bestimmung funktional für [...] kapitalistische Gesellschaften“ (ebd.: 400). Ganz unabhängig davon wie die Soziale Arbeit sich selbst beschreibt, welchen normativen Prämissen sie sich unterwirft und welche Zielsetzungen sie verfolgt, sie entkommt ihrem Normalisierungsauftrag nicht. Ihre Beziehung zur Politik ist immer schon durch die historisch-spezifischen Gegebenheiten der kapitalistischen Akkumulation und die entsprechenden sozialstaatlichen Konjunkturen präformiert.

Wird dagegen Demokratiebildung als zentrale Aufgabe Sozialer Arbeit betrachtet, beziehen sich die Autorinnen zumeist auf einen Begriff der Politik und des Politischen, der sich aus dem republikanischen Diskurs speist und die assoziative Dimension kollektiven Handelns in den Mittelpunkt stellt. Als Exempel einer solchen Demokratisierungsthese lässt sich die Arbeit Carsten Müllers heranziehen. Müller dienen die Zeitdiagnosen der reflexiven Moderne und der Postmoderne, in denen „Individualität, Pluralität und Verschiedenheit nicht nur Zeitdiagnosen sondern gewissermaßen auch Werte darstellen“ und auf die „dringende Notwendigkeit politischen Engagements aufmerksam machen“ (Müller 2003: 37) als Ausgangspunkt, um eine Demokratisierung Sozialer Arbeit möglich und notwendig erscheinen zu lassen. Die Krise des sozialen Paradigmas steht hier für die Möglichkeit, das Politische und die politisch strukturierte Soziale Arbeit aus ihrer Unterordnung gegenüber dem Sozialen und der damit eng verbundenen „Abhängigkeit von staatlicher Sozialpolitik“ (ebd.: 11; vgl. 2005: 287) zu befreien und als zivilgesellschaftliche Akteurin einer „Politik des Sozialen“ (vgl. ebd.) zu positionieren: „Sozialpädagogik und Politik gehören untrennbar zusammen! Ihrem Wesen nach ist Sozialpädagogik politisch. Sie betrifft das gemeinschaftliche Leben in der Polis“ (Müller 2005: 289).

Auffällig ist nun, dass diese Begründungen Sozialer Arbeit trotz aller augenscheinlichen Divergenz mehr gemeinsam haben, als auf den ersten Blick ersichtlich wird. Setzen doch beide Deutungsmuster einen Ursprung oder ein Fundament, das der Politik und der Sozialen Arbeit als Grundlage dient und ihnen eine immanente Notwendigkeit verleiht: Während die assoziative republikanische Tradition, aus deren Perspektive u.a. Müller spricht, Macht und Politik durch eine vernünftige Übereinkunft der Gesellschaftsmitglieder und eine Übertragung der Volkssouveränität an eine Versammlung oder den Staat begründet sieht, biegt die klassische Gesellschaftstheorie das Politische auf ein Fundament wie die Architektur des

kapitalistischen Systems zurück (vgl. Lefort/Gauchet 1990: 90). Nach welchem der beiden Muster das Verhältnis Sozialer Arbeit und Politik auch beschrieben wird, die Herangehensweise besteht immer darin, einen Ursprung oder ein Fundament außerhalb der Grenzen der Politik zu setzen. Dem Wissenschaftsverständnis einer „progressiv-linearen Einheits- und Realzeitlichkeit“ (Scheulen/Szankay 1999: 17) entlehnt, wird ein Fixpunkt gedacht, von dem ausgehend sich das Verhältnis Sozialer Arbeit zur Politik nachzeichnen lässt, wie auf einem „fahrbaren Untersatz“ (ebd.). Die politische Form und Formierung Sozialer Arbeit scheint somit eindeutig präformiert, ihr kommt der Status eines wesentlich abgeleiteten Phänomens zu. Unbeachtet bleibt indessen, dass damit eben jener „Zeit-Raum des Politischen“ (ebd.: 13) verdeckt bleibt, in dem das Verhältnis der Sozialen Arbeit zur Politik erst in Szene gesetzt und inszeniert wird. Kurz: das Paradox besteht darin, dass die angebliche Wiederherstellung eines Primates des Politischen in der Sozialen Arbeit das ‘Politische’ ebenso verdeckt wie dies im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Thematisierungen des Sozialen bzw. der Ökonomie als Möglichkeitsgrund und Grenze der Politik geschieht.

Das wirft die Frage auf, ob es nicht interessanter wäre, anstatt das Verhältnis von Sozialem und Politischem (neu) definieren zu wollen, um das Maß der Nachrangigkeit des einen gegenüber dem anderen einzuschätzen und entsprechende Bestimmungen Sozialer Arbeit als Normalisierung oder Demokratisierung abzuleiten, analytisch einen Schritt zurückzugehen und die (politisch-ontologische) Differenz, die hier aufscheint, selbst in den Blick zu nehmen. Wäre es anders gesagt nicht interessant, die Bewegung zwischen Demokratisierung und Normalisierung, Politisierung und Entpolitisierung theoretisch und historisch als ersten Gegenstand zu setzen und in den Widersprüchen, die hier arbeiten, das Prinzip einer politischen Wirksamkeit zu erkennen, das von einer ‘zeitausgesetzten Prüfung’ (vgl. Scheulen/Szankay 1999) und Bearbeitung der Bedingungen gesellschaftlichen Lebens zeugt? Vielleicht führte dies aus der Situation heraus, in der die Soziale Arbeit „naiv eine Zeit vor der Zeit erfinde[t], einen Raum hinter ihrem Raum einrichtet“ (Lefort 1999: 46), um sich ihrer politischen Identität zu versichern.

Um diese Fragestellung zu erörtern, werde ich mich auf eine politisch-theoretische Reflexionsfigur beziehen, wie sie in der gegenwärtigen Debatte unter dem Begriff der ‘Postdemokratie’ firmiert. Der Topos der Postdemokratie wurde in den deutschsprachigen Sozial- und Bildungswissenschaften bislang vor allem in der Lesart Colin Crouchs rezipiert (vgl. 2008). Er verweist in diesem Deutungsmuster auf eine zunehmende „Entropie der Demokratie“, wie sie durch die neo-liberale Ökonomisierung staatlicher Institutionen und die zunehmende Machtsteigerung der Lobbyisten hervorgerufen wird.

„Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind [...], entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit seiner eigenen Ohnmacht konfrontiert“ (Crouch 2008: 13).

Demokratie und Postdemokratie erscheinen so gesehen als zwei klar voneinander unterscheidbare temporale Phasen. Meine Ausgangsintention lautet jedoch, dass der Begriff der Postdemokratie sein ganzes analytisches Potential für die Reflexion des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Politik erst dann entfaltet, wenn er nicht nur historisch, sondern systematisch gewendet wird (vgl. Marchart 2010; Meyer 2011). Wenn ich mich für diese systematische Wendung entscheide, negiere ich keineswegs, dass sich in den letzten 30-40 Jahren, verstärkt aber seit den 1990er Jahren eine ökonomisch induzierte Gefährdung des demokratischen Anspruches auf Volkssouveränität abzeichnet, die ihren Niederschlag nicht zuletzt in der Theorie und Praxis Sozialer Arbeit findet und auf deren Hintergrund sich die Demokratisierungsthese überprüfen muss (vgl. Wagner 2011).² Mein Anliegen ist nun aber weniger auf die erneute „ideologiekritische Entlarvung“ (Scherr 2005: 91) der „undurchschauten Funktionalität Sozialer Arbeit für Zwecke der Herrschaftssicherung“ (ebd.) gerichtet, welche die Denkmöglichkeit dann doch wieder vorab auf eine Normalisierungsfunktion beschränkt. Mir geht es im Folgenden vielmehr darum, jene Repräsentationslogiken freizulegen, welche eine zentrale Rolle für die Vermittlung von Normalisierung und Demokratisierung und die Etablierung eines spezifischen Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Politik spielen. Das ist die Leitidee dieses Textes. Die im Weiteren zu erörternde Fragestellung lautet somit nicht, welche „externen Kräfte“ gegenwärtig entweder zu einer Formierung Sozialer Arbeit als zivilgesellschaftlich-politisierend oder sozialstaatlich-normalisierend führen, sondern welches Repräsentationsprinzip Sozialer Arbeit dafür verantwortlich ist, dass sich das „Versprechen von Gleichheit und Freiheit immer wieder in sein Gegenteil verkehrt“ (Meyer 2011: 22).

2 Unbestreitbar verschleiert das Revival neo-republikanischer Ansätze in der Sozialen Arbeit die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der gegenwärtigen wohlfahrtsstaatlichen Formation, nämlich die Tatsache, dass sich die politische Teilhabe – jeglicher Bestimmungsgewalt entledigt – auf eine komunitäre Bearbeitung von Problemlagen reduziert, die von einer Minderheit der ökonomisch Mächtigen auf globaler Ebene erzeugt wurden.

Um das solchermaßen skizzierte sozialpädagogische Paradox genauer zu erschließen, möchte ich in einem ersten Schritt einen 'Interpretationssprung' vorschlagen, der die Kluft zwischen Demokratisierung und Normalisierung nicht auf die herkömmliche symptomatische Weise liest, sondern auf der Basis einer radikalen politischen Differenz, wie sie sich entlang des Post-Demokratietopos Jacques Rancières entfalten lässt, re-interpretiert. Mit dem Verweis auf Claude Lefort beabsichtige ich, die angestellten Überlegungen zum Verhältnis von Normalisierung und Demokratisierung von ihren anti-institutionellen Implikationen zu lösen und als zirkuläre Bewegung auszuweisen. Die Auseinandersetzung mit Klaus Mollenhauer zielt in einem dritten Schritt darauf, die politische Form und Formierung Sozialer Arbeit aus der sozialpädagogischen Tradition heraus zu rekonstruieren.

Die Differenz, die eine *Differenz* macht

Jacques Rancière fasst unter dem Begriff der Postdemokratie das Paradox, dass unter der Regierungspraxis einer konsensuellen Demokratie „die Praxis der Auslöschung der Formen demokratischen Handelns geltend macht. Die Postdemokratie ist die Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung einer Demokratie nach dem *Demos* [...]“ (Rancière 2002: 111). Im diametralen Kontrast etwa zu Crouchs historischer Diagnose, die kritisiert, dass die „Legitimationsableitung politischen Handelns aus der Partizipation der Bürger kaum noch mit den realen Gegebenheiten übereinstimmt“ (Buchstein/Nullmeier 2006: 17), verweist Rancières Rede von der Postdemokratie auf eine 'Regierungsweise', „für die eine „wahre Inflation der Legitimation kennzeichnend [ist]“ (Rancière 2010: 148). Und hiermit ist die systematische Wendung gekennzeichnet, die Rancière dem Topos der Postdemokratie gibt: Wenn die gewöhnliche Ordnung in der repräsentativen Demokratie als Postdemokratie beschrieben werden kann, dann ist die Entpolitisierung der Politik nicht lediglich ein besonders, durch externe Kräfte wie die Ökonomie hervorgerufenes Phänomen des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts, sondern vielmehr als systematische Kehrseite eines bestimmten Verständnisses von Souveränität und demokratischer Ordnung anzunehmen (vgl. Meyer 2011).

Um diese Wendung der „Demokratie gegen die Demokratie“ (vgl. Rancière 2012) für eine Reflexion des Zusammenhangs von Normalisierung und Demokratisierung in der Sozialen Arbeit zu konkretisieren, ist es instruktiv, kurz auf Rancières Revision und Differenzierung der Begriffe Politik und Polizei einzugehen: Der in einem neutralen nicht-pejorativen Sinn verwendete Begriff der

Polizei (ebd. 2010: 82) schließt an Foucaults Konzept der Regierung an. Er steht für die Gesamtheit von Prozeduren und Verfahren, durch welche eine Bestimmung der gesellschaftlichen Realität vorgenommen und durch institutionelle Handlungen in das Soziale eingeschrieben wird. Es handelt sich um eine selektive und hierarchische Ordnung des Sicht- und Sagbaren, die „dafür zuständig ist, dass diese Tätigkeit sichtbar ist und jene andere es nicht ist, das dieses Wort als Rede verstanden wird und jenes andere als Lärm“ (Rancière 2002: 41). Nun ist die Ordnung der Polizei keineswegs mit Politik zu verwechseln. Zur politischen Praxis kommt es Rancière zufolge erst dann, wenn eine Intervention erfolgt, die den Abstand zwischen Gleichheitsnorm bzw. Symbol der Demokratie und Realität der polizeilichen Ordnung kenntlich macht (vgl. 2010: 93). Politik verwirklicht sich mit anderen Worten als interventive, konflikthafte Praxis in einer macht- und herrschaftsförmigen Ordnung der Polizei. Im Moment der Politik fordern die 'Anteilslosen' – als von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossene – ihren Anteil im Namen einer unmöglichen Allgemeinheit ein (vgl. Rancière 2002: 109).

Wenn also der Begriff der Demokratie für ein symbolisch vermitteltes Ereignis reserviert wird, das eine radikale Verschiebung der Bedingungen gesellschaftlicher Selbstwahrnehmung und damit einhergehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse erzeugt, was bedeutet das für eine Re-Interpretation der Normalisierungs- und Demokratisierungsprozesse in der Sozialen Arbeit?

Auf einer abstrakten, allgemeinen Ebene betrachtet kann überall dort von Normalisierung gesprochen werden, wo die Differenz zwischen Symbol und Realität der Demokratie eingegeben wird und ein politischer Akteur – z.B. eine staatliche Institution wie die Soziale Arbeit – für sich in Anspruch nimmt, die gesellschaftlichen Verhältnisse objektiv repräsentieren zu können (vgl. Meyer 2011: 23f.). Denn damit löst sie die Spannung zwischen „dem strukturierten Gesellschaftskörper, indem jeder Teil seinen festen Platz hat und dem 'Teil-ohne-An-Teil'“ (Žižek 2001: 256), der innerhalb der gegebenen Ordnung gerade nicht angemessen repräsentiert werden kann und diese mit seinen Gleichheitsforderungen ins Wanken bringt, auf. Die „schein-objektive Repräsentation“ verdeckt, so lässt sich dieses Argument mit Katrin Meyer (2011: 24) weiter konkretisieren, dass es die demokratische Gemeinschaft „gar nicht geben kann, weil jede Gemeinschaft durch Strukturen des Sichtbaren, Hörbaren und Denkbaren definiert wird, die wiederum darüber entscheiden, welche Individuen anerkannt werden“. In genau diesem Sinne ist sozialpädagogischen Konzepten der Demokratisierung bei näherer Betrachtung eine Tendenz zur Selbstverkehrung (Entpolitisierung und Normalisierung) immanent. Denn ihr Ziel ist immer wieder die durch historisch-symbolische Repräsentationen vermittelte Forderung, dass sich die gesellschaftli-

che Ordnung normalisiert und jedes Individuum an (s)einem gerechten Platz ist. So etwa wird Politisierung in der Tradition von Habermas mit einer vernünftigen Auseinandersetzung pluraler Interessen gleichgesetzt, wobei der vorgeschaltete Konflikt um die Stimme im Raum der Intelligibilität entweder ganz ausblendet oder nur als Vorbedingung der politischen Auseinandersetzung gefasst wird. Eine Sichtweise, die Demokratisierung mit einer Homogenisierung des politischen Raumes kurzschließt (vgl. Meyer 2011: 24), überspringt jedoch die grundlegendste Bewegung der Politisierung und verstellt den Blick auf die Tatsache, dass soziale Identitäten und politische Gemeinschaften sowie die Kriterien, mit deren Hilfe sie organisiert werden, auf konstitutiven Ausschließungen beruhen, die Gegenstand des politischen Streits sind.³

Ist Rancières Begriff der (Post-)Demokratie für den hier interessierenden Zusammenhang wertvoll, weil er – fundamentalismus- und funktionalismuskritisch – auf einen unhintergehbaren Antagonismus am Ursprung des Sozialen verweist, so weist er zugleich eine allzumal für die Reflexion der Sozialen Arbeit problematische Engführung auf. Rancières theoriepolitisches Projekt ist es – teilweise um den Preis der argumentationslogischen Kohärenz des eigenen Ansatzes – eine emanzipatorisch orientierte Abgrenzung vorzunehmen, die ‘wahre’ Politik – die selten ist – gegen die inflationäre Identifikation mit staatlich forcierten Transformationsprozessen und formalistischen ‘Bestimmungen’ verteidigt. Ist die Wendung gegen eine Entleerung der Demokratie politisch nachvollziehbar und sympathisch, so führt der „emanzipatorische Apriorismus“ (vgl. Marchart 2010) zu einer Reihe von Schwierigkeiten: Nicht nur, dass die Einführung einer vorpolitischen Bedingung der Politik eine metaphysische Setzung vornimmt, die als ‘Gleichheit der Intelligenzen’ begründet wird und als solche sowohl kategorial

3 Spätestens hier wird deutlich, dass Demokratisierung und Normalisierung auf dieser Folie nicht lediglich als zwei konträre ontische Bewegungen zu verstehen sind, sondern eine sehr viel radikalere Differenzierung bezeichnen: Während Normalisierung auf die rechtlich, ideologisch und politisch vermittelte Herstellung einer realitär un-möglichen Einheit zielt und dabei auf „scheinobjektive Repräsentationen“ (Meyer 2011: 25) zurückgreift, beschreibt die Bewegung der Demokratisierung eine radikale Unterbrechung und Delegitimierung der epistemologisch-politischen Ordnung des Sicht- und Sagbaren. Dies bedeutet, dass sich die Bewegung der Demokratisierung „notwendigerweise heterotopisch“ zur gegebenen Ordnung verhält: „Sie entfernt die Regierung von sich selbst, indem sie die Gesellschaft von sich selbst entfernt“ (Rancière 2011: 64) und die Gesellschaft als geteilte, d.h. auf einem Unrecht, „das der Arithmetik des Tausches und der Verteilung entwischt“ (ebd. 2002: 24), gegründete kenntlich macht.

wie politisch problematisch ist, die performativitätstheoretische Verkoppelung von Gleichheit und Politik erzeugt darüber hinaus eine anti-institutionalistische Perspektivierung: Insofern Politik an das Erscheinen widerständiger Subjektformationen (Proletariat, Frauenbewegung etc.), die eine unmögliche Gleichheit performieren, gebunden ist, steht sie staatlich strukturierten Institutionen wie der Sozialen Arbeit „feindlich“ gegenüber (Rancière 2002: 41). Interessiert man sich für die zirkuläre Wechselwirkung von (staatlicher) Normalisierung und Demokratisierung, so ist eine Hinwendung zu Claude Leforts Ontologie des Politischen weiterführend.

Ohne die Lefort'sche Ontologie des Politischen an dieser Stelle umfassend rekonstruieren und in ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden in Bezug auf Rancières performativitäts- und emanzipationstheoretische Überlegungen ausführen zu können, soll aus heuristischen Gründen doch zumindest in groben Zügen das quasi-transzendentalistische Argument⁴ skizziert werden, das die Vermittlung von Demokratisierung und Normalisierung auf alternative Weise konturieren kann. Entscheidend ist hierfür, dass Lefort – auf den ersten Blick ganz ähnlich wie Rancière – eine Differenzierung zwischen den Begriffen der Politik (*'la politique'*), unter welcher die instituierten und instituienden Ordnungsprinzipien innerhalb einer historisch-spezifischen Gesellschaftsformation zu verstehen sind, und dem Politischen (*le politique*), verstanden als ontologischer Möglichkeitsgrund des Gesellschaftlichen, einführt (vgl. Lefort 1990, 1999; Marchart 2010). Wie bei Rancière gründet die Gesellschaft auf einer radikalen Teilung, jedoch bindet die Lefort'sche Ontologie das Politische nicht an die Erscheinung widerständiger Subjektformationen, die eine unmögliche Gleichheit performieren, sondern grenzt das Politische – als 'leeren Ort der Macht' – von der Gesellschaft ab. Ein zentraler Gedanke Leforts kann darin gesehen werden, dass die Dekorporierung der Macht im Kontext der demokratischen Revolutionen mit einer Entkoppelung der zuvor im Körper des Königs metaphysisch vereinten Trinität von Macht, Recht und Wissen verbunden ist, welche die demokratische Gesellschaft als „gleichsam körperlose Gesellschaft (*société sans corps*)“ (Lefort 1990: 294f) begründet. Wichtig ist dabei, dass die Abgrenzung eines Ortes der Macht nicht bloß eine dauerhafte Spaltung und Nicht-Identität der Gesellschaft mit sich selbst erzeugt, sondern darüber hinaus eine – wenngleich nur mehr symbolisch erfahrbare – Einheit der Gesellschaft spiegelt. Zwar sind Politik und Politisches auch in dieser Sichtweise die beiden äußeren Pole, von denen ausgehend sich

4 Zum Begriff des Quasi-Transzendentalismus siehe Oliver Marchart (2010)

Gemeinschaft denken lässt, sie schließen sich aber keineswegs aus, sondern sind ganz im Gegenteil sogar wechselseitig aufeinander angewiesen: Da der Ort der Macht bzw. der Ursprung des Gesellschaftlichen nicht unmittelbar im Sozialen präsent ist und auch nicht reflexiv einholbar ist, kann es keine „vollkommene Kontinuität“ zwischen der institutionellen Logik der Politik und dem Politischen – dem abwesenden Ursprung oder Grund des Sozialen – geben (Gauchet/Lefort 1990: 97). Es darf aber anders herum auch keine absolute Diskontinuität angenommen werden, da der Ursprung nicht absolut entzogen sein kann,⁵ sondern als Fixpunkt einer imaginären Einheit „symbolisch gestiftet werden muss“ (Maye 2007: 16). Ausgehend von dieser chiasmischen oder zirkulären Bewegung einer ‘Wieder-Herstellung’ des (abwesenden) Ursprungs, die Lefort im Begriff der „Quasi-Repräsentation“ fasst, sollte deutlich werden, dass es keinen Sinn hätte, Normalisierung und Demokratisierung als Antipoden aufzufassen. Beide Bewegungen sind analytisch zwar als klar voneinander unterscheidbare Momente identifizierbar, diese Momente stehen einander aber nicht dualistisch gegenüber, sondern sind vielmehr als zwei Seiten einer Medaille zu verstehen, die untrennbar ineinander verwoben sind: Demokratisierung entspringt aus der „unverfügbaren, nicht selbstgemachten Öffnung eines symbolischen Weltbezuges“ (Scheulen 2008: 13), der es erlaubt, gesellschaftliche Konfliktuitäten und Spaltungen sichtbar zu machen und anzuerkennen. Zugleich überschreitet das Politische im Prozess der Demokratisierung und Instituierung des Gesellschaftlichen seinen ontologischen/symbolischen Ausgangspunkt/Ursprung und verleiht der gesellschaftlichen Teilung eine historisch „distinkte Form“ (Niederberger 2004: 98). Normalisierung, so lassen sich diese Überlegungen im Anschluss an Andreas Niederberger pointieren, „stellt also keinen problematischen Umschlag der Politik in ihr Gegenteil dar, sondern sie ist gerade der Ausdruck der ‘Erfindung’ zu deren Zweck es Politik überhaupt gibt“ (ebd.: 104).

Für den hier interessierenden Zusammenhang hat dies den Vorteil, dass nun ganz konkret nach dem ‘demokratischen Potential’ Sozialer Arbeit gefragt werden kann. Indem Lefort das in der demokratischen Revolution instituierte als ‘leeren Ort der Macht’ von der Gesellschaft abgrenzt verfügt er bereits über ein Modell, das die politische Wirksamkeit und die Unterbrechungen im Gewebe des Sozialen erklärt, welche Ranciere an die Erscheinung widerständiger Akteure bindet. Anstatt also den Prozess der Demokratisierung von den historisch sedimentierten Institutionen zu entkoppeln und ganz in die Verantwortung zivilge-

5 Andernfalls erübrigte sich ein Bezug auf Gesellschaft und es gäbe nur Individuen und Privatis (Scheulen 2008: 139)

gesellschaftlicher Subjektformationen zu legen, scheint es vor diesem Hintergrund weiterführender, danach zu fragen, wie staatlich strukturierte Institutionen wie die Soziale Arbeit mit ihrem abwesenden Ursprung umgehen, ob sie ihre eigene Kontingenz (an)erkennen und welche Repräsentationen sie wählen, um der grundlegenden Konfliktuität und Spaltung des Sozialen einen Ausdruck zu verleihen oder sie zu verleugnen. Wenn es stimmt, dass der abwesende Ursprung bzw. der leere Ort der Macht auch in der konstituierten und institutionell normalisierten Gemeinschaft „latent vorhanden [bleibt], [dass] er [...] niemals [ganz] abwesend [ist], sondern [...] gerade in seiner Verkenning und Verstellung anwesend-abwesend wirksam [wird]“ (Maye 2007: 16), dann müsste sich das Politische in den (post-)demokratischen Repräsentationen Sozialer Arbeit aufdecken und zeigen lassen. Die Beziehung der Sozialen Arbeit zur Demokratie wäre also nicht zuletzt anhand ihrer Repräsentationen zu untersuchen und danach zu differenzieren, ob sie es erlauben, den politischen Konflikt und die Spaltung des sozialen Feldes zu denken, das Trennende und das Verbindende des Politischen wahrzunehmen oder nicht.

Im Zirkel der Wieder-Verkörperungsmechanismen: Gesellschaft als *fundamentum inconcussum* Sozialer Arbeit – Der Einsatz Mollenhauers

Die bisherigen Überlegungen haben auf die These hingewirkt, dass eine post-fundamentalistische Lesart des Begriffs der Post-Demokratie dabei helfen kann, die Frage nach dem Verhältnis Sozialer Arbeit und Demokratie so zu erweitern, dass die Engführungen zeit-linearer und kausallogischen Ursprungserzählungen vermieden werden können und eine nicht bereits in Normalisierungsprozesse eingekapselte und festgeschriebene politische Wirksamkeit erkennbar wird. Dabei stand die Vermutung Pate, dass sozialpädagogische TheoretikerInnen zwar einerseits eine starke Sensibilität für die Auswirkungen der sozialen Spaltung zeigen, die die Demokratie erzeugt, dass sie aber andererseits immer wieder einen Fixpunkt zu benennen suchen, von dem ausgehend sich die gesellschaftliche Desintegration bannen lässt. Die besondere Schwierigkeit einer Analyse des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Politik besteht demnach darin, dass sie durch eine doppelte Bewegung gekennzeichnet ist, die einerseits auf die (Wieder)Herstellung des 'Einen' als Fixpunkt gesellschaftlicher Integration gerichtet ist, andererseits aber unvermeidlich durch die demokratische Entkörperung der Macht und durch die damit verbundene Erfahrung von Kontingenz und sozialer Spaltung durchbrochen wird.

Ich komme vor diesem Hintergrund zum historisch-rekonstruktiven Teil dieser Überlegungen. Trägt das Denken der Sozialen Arbeit das Signum eines demokratisierend/normalisierenden Repräsentationsprinzips, in dem der Verweis auf einen abwesenden Grund oder Ursprung konstitutiv wird? Das Werk Klaus Mollenhauers scheint einen solchen Einsatzpunkt zu rechtfertigen. Ich erachte sein Denken für exemplarisch, weil es die eingangs mit Dahme und Wohlfahrt eingeführte sozialwissenschaftlich orientierte Theoriediskussion begründet, welche die (Sozial)Pädagogik aus „aus ihrer begrifflichen und konzeptionellen Agonie nach dem zweiten Weltkrieg“ löst (Winkler 2002: 100) und bis heute wesentlich für ihr Selbstverständnis als moderne wissenschaftliche Disziplin ist (vgl. ebd.; Brumlik 1998). Es ist im Folgenden nicht meine Absicht, die Argumente Mollenhauers theorie-systematisch zu rekonstruieren, mir geht es vielmehr darum, die Repräsentationslogik der Übertragung von Normalisierung und Demokratisierung freizulegen, die hier im Mittelpunkt steht.

Für dieses Vorhaben ist vor allem die frühe Werkphase von 1959-1973, genauer gesagt die Dissertationsschrift (1959) und die 'Einführungen' aus dem Jahr 1964 relevant. Mollenhauer begründet seinen Ausgangspunkt hier explizit in einer Thematik, der ihre historischen und theoretischen Gewissheiten abhandeln gegangen sind: dem Verhältnis von Sozialer Arbeit und Gesellschaft.⁶ Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass er in den 'Ursprüngen' (1959) mit einer radikalen Infragestellung sozialpädagogischer Deutungsmuster und Handlungsformen einsetzt, die sich nicht allein auf eine spezifische inhaltliche Position, sondern auf die erkenntnistheoretischen Grundlagen sowie die sozialpädagogische Praxis insgesamt richtet. Das Prinzip dieser Delegitimations- und Entideologisierungsbewegung ergibt sich aus dem Abstand zwischen dem Ideal, das mit der Idee einer organischen Gemeinschaft verbunden ist und der Realität einer industriellen Gesellschaft, die durch Herrschaft und (Klassen)Konflikt geprägt ist. Vor diesem Hintergrund wird die Einheitsrepräsentation der geisteswissenschaftlichen Pädagogik, „die aufgrund feststehender Vorstellungen eines intakten Sozialorganismus alle Abweichungen negativ akzentuiert und daher Anstalten zu deren Beseitigung trifft [...]“ (Mollenhauer 1959: 121), als ideologische Verschleierung einer von Grund auf gespaltenen und konflikthaft strukturierten Gesellschaft kenntlich. Die freilich in den Ursprüngen nur andeutungsweise ausformulierte Radikalität dieser Negation zeigt sich darin, dass die Hiatusthese nicht nur ein bestimmtes

6 Michael Winkler hat den historischen Kontext, innerhalb dessen Mollenhauers Überlegungen Kontur gewinnen, als einen des Wandels und der Dynamisierung kenntlich gemacht (vgl. ebd. 2002).

Verständnis oder eine bestimmte Form Sozialer Arbeit kritisiert, sondern eine grundsätzliche Annihilation sozialpädagogischer Legitimation formuliert: Soziale Arbeit ist in ihrer Existenz auf eine Fehlinterpretation angewiesen; erst der „Hiatus zwischen gesellschaftlicher Realität und nachhinkendem Bewusstsein“ (ebd.:122) macht die Integrationsprobleme der industriellen Gesellschaft auch tatsächlich als pädagogische Probleme ausweisbar und gibt der Sozialen Arbeit die Regeln ihrer Bearbeitung an die Hand.

In diesem Sinne tauschen die Ursprünge auch nicht einfach eine Repräsentation der Einheit durch eine andere aus, es ist vielmehr der Modus der Repräsentation selbst, der sich verändert. So bezeugt die Einführung des Gesellschaftsbegriffes in den 'Ursprüngen' nicht allein und noch nicht einmal primär die Bestätigung einer positiven Form, welche die Illusion ersetzt; der Einsatz der Ideologiekritik zeigt vielmehr einen neuartigen Status des Wahren an, der sich im Anschluss an Rancière folgendermaßen pointieren lässt: „das Wahre als das Wahre des Falschen: nicht die Klarheit der Idee gegenüber der Dunkelheit der Scheinbarkeiten; nicht die Wahrheit als Indiz ihrer selbst und der Falschheit [...]. Ideologie ist [vielmehr] der Name der unendlich denunzierten Distanz der Worte und der Dinge [...]“ (Rancière 2002: 97). Kurz: Eingeführt wird ein begrifflicher „Operator des Streits“ (ebd.: 95), der sich über jede Einheitserzählung legt und den 'Ursprung' konstitutiv in die 'Ursprünge' verdoppelt. Die Ontologie, die Mollenhauer aus der Einführung der Kategorie der industriellen Gesellschaft entwickelt, wäre von dieser Warte aus gesehen allenfalls als Ontologie des Konfliktes, des Mangels und des historischen Wandels zu verstehen: Die Abstützung im „Horizont eines konflikttheoretischen Paradigmas“ (Neumann 2012: 28), das gesellschaftliche Konflikte zwar vornehmlich als Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit interpretiert, darüber hinaus aber auch Generationenkonflikte, Traditionskonflikte sowie Weltanschauungskonflikte expliziert und gleichermaßen berücksichtigt (Mollenhauer 2001 [1964]), macht die Nicht-Übereinstimmung der Gesellschaft mit dem Bild, das die Soziale Arbeit von ihr hat, sichtbar: Nicht der naturhafte und prästabilisierte Organismus, sondern Konflikt und Mangel stehen am 'Ursprung' der Dinge.

Augenfällig ist jedoch, dass die ideologiekritische Bewegung der Negation so geartet ist, dass sie im Dienste einer Demokratisierung Sozialer Arbeit und der Gesellschaft die scheinbar entwerteten Kategorien von Einheit, Ganzheit und Wesenhaftigkeit – quasi von hinten herum wieder einführt:

„Eine Analyse der modernen Gesellschaft ergibt denn auch, dass es sich um einen neuen Typus gesellschaftlicher Organisation handelt, dem – wenigstens hypothetisch als Bedingung einer sachgerechten Erkenntnis – zunächst eine Eigenwertigkeit zugesprochen werden muss [...]. Dass diese Gesellschaft besondere Schwierigkeiten zu

bewältigen hat, ist damit nicht geleugnet. Da diese Schwierigkeiten ihr aber wesensmäßig zugehören, kann der Antrieb zu ihrer Bewältigung, soweit er wissenschaftlich begründet werden soll, nicht aus einer romantischen Negation der industriellen Gesellschaft, sondern nur durch die Besinnung auf die *in* ihr enthaltenen Möglichkeiten gewonnen werden“ (Mollenhauer 1959: 124).

An diesem Zitat zeigt sich, wie die Logik der konstitutiven Repräsentation in eine Bewegung der Normalisierung umzuschlagen beginnt: Zwar ist die mit dem Gesellschaftsbegriff eingeführte Bewegung zunächst immer negativ, indem sie die „Mangelhaftigkeit des Faktischen“ (Mollenhauer 1964: 69) erweist, sie wendet sich aber – hierin dem Muster der hegelianischen Erkenntnistheorie folgend – in eine positive Bewegung der Identifizierung – „einer besseren Erziehung, und damit auch der „einer besser organisierten [und integrierten] Gesellschaft“ (ebd.) um. Wie die systemtheoretische Reflexion richtig bemerkt, erklärt sich diese Identifizierung des Möglichen im Faktischen, welche der Sozialen Arbeit zugleich die Regeln ihrer Rationalisierung gibt, aus einer „Art immanenter ‘Transzendenz‘“ (Neumann 2012: 30; vgl. Cleppien 2002). Diese liefert die Grundlage dafür, dass der Bezug auf ‘Gesellschaft’ nicht nur das Prinzip einer permanenten Negation des Gegebenen impliziert, sondern zugleich „normative Beschreibungs- und Veränderungsmaßstäbe“ (ebd.) hervorbringt, die eine Übereinstimmung der Gesellschaft mit sich selbst zumindest prospektiv wahrscheinlich machen. Und in der Tat lässt sich nicht übersehen, dass die Repräsentation der Einheit nach der ‘realistischen’ Wende aus einer fortschrittsoptimistischen Logik, welche annimmt, dass die immanenten, zeitlinearen und empirischen Prozesse der Gesellschaft uns aus sich selber heraus „zugleich die Mittel zur Veränderung oder zum Fortschritt der Gesellschaft [...] überliefern [...]“ (Mollenhauer 2001 [1964]: 28), hergestellt und wiederhergestellt wird.

Von diesem Punkt aus beginnt die Bezugnahme auf den Gesellschaftsbegriff unbestimmt zu gleiten zwischen einer auf Permanenz gestellten Negation und Ideologiekritik, die zugleich auch ein „politischer Nihilismus der Falschheit aller Dinge ist“ (Rancière 2002: 96) und der Feststellung einer Wahrheit und Objektivität des Sozialen, die zugleich als Fundament und Legitimationsbasis sozialpädagogisch initiiertter Normalisierungsmaßstäbe und -prozesse fungiert. Hier hat die wundersame Volte, die sozialpädagogische Denker und Denkerinnen immer wieder vollziehen, wenn sie ihre radikale Kritik in den Versuch einer Wiederverkörperung der Freiheit und Einheit im Sozialen überführen, ihre Wurzeln (vgl. Kessl 2005: 213f.). Ob kommunalpädagogische Entwürfe (Richter 1998; Sturzenhecker 2008), bildungsidealistische Perspektiven (Sünker 1989) oder Befähigungsansatz (Ziegler 2004) – sozialpädagogische Gesellschaftskritik verbindet

die Arbeit der Entideologisierung und Demokratisierung wird immer wieder 'zirkulär' mit einer Arbeit der Wiederherstellung von Sicherheit und Einheit.

Obgleich die vorangehenden Überlegungen versucht haben anzudeuten, dass sich die Spuren einer Revitalisierung metaphysischer Bilder der Einheit und Ganzheit, um deren Kritik sich Mollenhauer und die sozialwissenschaftliche Tradition, die er begründet, so stark bemühe(t)en, in der Repräsentationslogik der industriellen Gesellschaft nachweisen lassen, soll dies nicht als Diskreditierung der Öffnung auf Konfliktuität und Wandel missverstanden sein: Mollenhauers 'Ursprünge' zeigen auf explizite Weise, wie die Modi der Repräsentation wechseln, in ihrer Bedeutungszuweisung changieren und somit zu einer widersprüchlichen Bewegung von Demokratisierung/Normalisierung führen. Mit der Einführung des Gesellschaftsbegriffes realisiert sich, was auf der Basis eines organismischen Gemeinschaftsmodells, wie es die sozialpädagogische Tradition bis zu den Arbeiten Nohls und Bäumers charakterisierte und heute in den verschiedenen Formen der Community-Orientierung eine Neuauflage findet, nicht denkbar war/ist: Die Anerkennung und „Institutionalisierung des Konfliktes“ (vgl. Kunstreich 1977) als gesellschaftliches und sozialpädagogisches Grundprinzip. Auch wenn zugestanden werden muss, dass der sozialwissenschaftliche Diskurs innerhalb und außerhalb der Sozialen Arbeit immer wieder versucht, die konstitutive Spaltung in das „Reale hineinzuzwingen“ (Lefort 1999: 64), das Soziale auf sich selbst zurückzufalten, um die Bedingungen und Begriffe zu benennen, die eine vollkommene Selbsttransparenz und Einheit zumindest prospektiv ermöglichen würden, bleibt die 'industrielle Gesellschaft' eine 'schwebende Repräsentation': Gerade weil es sich um eine historische Entität handelt, beschreiben die vorgenommenen Identifikationen versuchsweise Antizipationen einer möglichen Zukunft, die sich – allzumal in der Tradition Mollenhauers – nicht von einer permanenten diskursiven Befragung lösen und die Soziale Arbeit so daran hindern, innerhalb einer Ordnung zu versteinern.

Plädoyer für eine Genealogie der Repräsentationsformen Sozialer Arbeit

Die paradoxe Architektur der 'industriellen Gesellschaft' gewährleistet ein Ineinandergreifen von Negation und Affirmation, Demokratisierung und Normalisierung, welche die Elemente des modernen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements des Sozialen gleichermaßen zu trennen und zu verbinden erlaubt. Die Ähnlichkeit mit einer systemtheoretischen Reflexion des modernen Gesellschaftsbegriffes wurde bereits durch Zitationen im Text angedeutet. Was

Neumann als unzulässige „Politisierung des Gesellschaftsbegriffes“ beschreibt wäre aus der hier vertretenen Perspektive einer politischen Philosophie Sozialer Arbeit jedoch treffender als untilgbare symbolische Vermittlung (sozial) wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung zu verstehen. Insofern man dem Politischen einen konstitutiven Status zuschreibt wird es unmöglich, die Formen gesellschaftlicher Repräsentation von ihrer symbolisch-politischen Vermittlung zu entkoppeln. Es kann somit – und hier konkretisiert sich die Kritik an der Systemtheorie – keine neutrale wissenschaftliche Beobachterposition geben: ‘Gesellschaftsbilder’ sind, wie Susanne Lüdemann herausarbeitet, „integrativer und produktiver’ Bestandteil“ des symbolischen Dispositives der modernen Gesellschaft (ebd. 2004: 109). Das bedeutet zum einen, dass jede soziale (Grundlegungs)Wissenschaft – sei sie auch noch so abstrakt – Bestandteil des symbolischen Dispositives der Gesellschaft ist und von diesem ausgehend unvermeidlich politisch imprägniert wird. In den Worten Oliver Marcharts (2010: 268): Gesellschaftstheorie „ist gleichsam das Politische ihrer Zeit in Gedanken gefasst, auch wenn die [sozialwissenschaftlichen] Kategoriale nicht notwendigerweise der Semantik der Politik gehorchen müssen“. Kann somit geschlossen werden, dass die Begriffe und Modelle des Sozialen immer innerhalb eines symbolischen Rahmens generiert und politische geformt werden, gilt es andererseits zu bemerken, dass sozialwissenschaftliche Repräsentationen eine politische da „realitätskonstituierende Wirkung“ entfalten:

„Die Repräsentationen der Gesellschaft, die die Soziologie der Gesellschaft im Auftrag der Gesellschaft liefert, sind je nachdem, geeignet bestehende Ordnungen und Ordnungsvorstellungen zu legitimieren oder zu delegitimieren, sie liefern der Gesellschaft Begriffe, Bilder und Metaphern des Sozialen, die politisch nutzbar sind und auch genutzt werden.“ (Lüdemann 2004: 109).

Besonders deutlich wird diese doppelte Kodierung im Fall der Sozialen Arbeit: Als „intermediäre Instanz zwischen Wissenschaft und Politik“ (Casale 2009: 57) stellt diese nicht nur Repräsentationen bereit, die die Notwendigkeit bestimmter Ordnungsvorstellungen legitimieren, darüber hinaus ist sie maßgeblich an deren faktischer Durchsetzung und Verkörperung im ‘Realen’ beteiligt.

Bilanziert man an diesem Punkt der Argumentation, so kann es theoretisch nicht darum gehen, den Widerspruch zwischen Normalisierung und Demokratisierung zu ‘entparadoxieren’, vielmehr gilt es, die politischen Bedingungen der Möglichkeit gesellschaftlicher Selbstrepräsentation sowie damit verbundene Modi der Ausschließung macht- und herrschaftskritisch in den Blick zu nehmen. Denn die Repräsentationen Sozialer Arbeit lassen sich nicht zuletzt danach unterscheiden, wie sie sich

„zur Inkonsistenz des sozialen Feldes, zum Nicht-Identischen der Gesellschaft mit ihrem Bild, d.h. zu ihrer unmöglichen Homogenisierung und Schließung verhalten: ob und wie sie die Unmöglichkeit der Schließung in ihren Metaphern und Bildern mitdenken, oder ob, wie und aus welchen Gründen sie diese zentrale Unmöglichkeit gerade verleugnen“ (Lüdemann 2004: 111).

Eine solche Untersuchung scheint mir nicht zuletzt mit Blick auf die politischen und theoretischen Diskussionen, die sich seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, verstärkt aber seit den 1990-er Jahren zeigen, an Relevanz zu gewinnen. Denn zeigt sich hier nicht, dass die gesellschaftstheoretischen Repräsentationen an Bedeutung verlieren oder gar im Verschwinden begriffen sind (vgl. Rose 2000; Casale 2009)? Es ist hier nicht mehr der Raum, diese Fragen noch angemessen zu behandeln, aber lässt sich nicht gegenwärtig eine Abwendung vom Repräsentationsmuster ‘Gesellschaft’ und eine Hinwendung zu den Kategorien ‘Subjektivität’, ‘Gemeinschaft’ und ‘Leben’ beobachten? Ist es mit hin nicht denkbar, dass sich mit der Entbindung des Gesellschaftlichen und des Politischen ein Bruch anzeigt, der mit tiefgreifenden Konsequenzen für die disziplinäre und politische Identität Sozialer Arbeit einhergeht? Und gewinnt der Begriff der Post-Demokratie von dieser Warte aus betrachtet nicht erst seine historische Bedeutung? Denn eines deuten die vorangestellten Überlegungen an: Mit der gegenwärtig diagnostizierten Erosion des Sozialen steht mehr auf dem Spiel als ein territorialer Rahmen gouvernementaler Regierungstechniken. Es ist nicht weniger als die Erosion eines modernen Dispositivs der Demokratie zu diagnostizieren, das der Sozialen Arbeit historisch als Ansatzpunkt für die Politisierung gesellschaftlicher Ausschließungs- und Ungleichheitsverhältnisse gedient hat. Die *Wiederherstellung einer Genealogie der demokratischen Repräsentationen Sozialer Arbeit* berechtigt sich nicht zuletzt vor diesem Hintergrund.

Literatur

- Brumlik, Micha 1998: Klaus Mollenhauer – Die Sozialpädagogik in der Einheit seines Werks. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Heft 3, S. 431-440
- Buchstein, Hubertus/Nullmeier, Frank 2006: Themenschwerpunkt „Postdemokratie“. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19, 4, 2006, S. 16-97
- Casale, Rita 2009: Fitt statt fett. Staatliche Erziehungsmaßnahmen in Zeiten der Deregulierung. In: Grubenmann, Bettina/Oelkers, Jürgen (Hrsg.): Das Soziale in der Pädagogik. Bad Heilbrunn, S. 53-65
- Cleppin, Georg 2002: Die Soziale Arbeit und ihre moderne Gesellschaft. In: Neue Praxis, Heft 5; S. 473-482
- Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main

- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert 2011: Gerechtigkeit im Kapitalismus: Anmerkungen zur affirmativen Normativität moderner Gerechtigkeitstheorien. In: Neue Praxis, Heft 4; S. 385-400
- Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas 2006: Die unendliche Aufgabe. In: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hrsg.): Die unendliche Aufgabe. Perspektiven und Kritik der Demokratietheorie. Bielefeld, S. 7-23
- Hirsch, Michael 2009: Libertäre Demokratie im libertären Staat. Die Begriffe Staat, Politik und Recht im Poststrukturalismus und Postmarxismus der Gegenwart. In: Hirsch, Michael/Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik und Recht im neueren französischen Denken. Stuttgart, S. 191-226
- Kessel, Fabian 2005: Der Gebrauch der eignen Kräfte. Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit. Weinheim und München
- Kunstreich, Timm 1977: Der institutionalisierte Konflikt. Offenbach
- Lefort, Claude/Gauchet, Marcel 1990: Über die Demokratie: Das Politische und die Institutionierung des Gesellschaftlichen. In: Rödel, Ulrich (Hrsg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie. Frankfurt am Main, S.89-122
- Lefort, Claude 1999: Fortdauer des Theologisch-Politischen? Wien
- Lüdemann, Susanne 2004: Metaphern der Gesellschaft. Studien zum soziologischen und politischen Imaginären. München
- Marchart, Oliver 2010: Die politische Differenz. Berlin
- Maye, Harun 2007: Die imaginäre Gemeinschaft. In: Transkriptionen Nr. 8
- Meyer, Katrin 2011: Kritik der Postdemokratie. Rancière und Arendt über die Paradoxien von Macht und Gleichheit. In: Leviathan 39 (2011), S. 21-38
- Mollenhauer, Klaus 1959: Die Ursprünge der Sozialpädagogik in der industriellen Gesellschaft: eine Untersuchung zur Struktur sozialpädagogischen Denkens und Handelns. Weinheim und Berlin
- 2001 [1964]: Einführungen in die Sozialpädagogik. Probleme und Begriffe der Jugendhilfe. Weinheim und Basel
- 1973: Erziehung und Emanzipation. München
- Müller, Carsten 2007: Keine Demokratie ohne Bürger?! – Zu Verständnis und Kritik der Bürgerprogrammatik im Begriff der Sozialpädagogik.. In: Dollinger, Bernd/Schröer, Wolfgang/Müller, Carsten (Hrsg.): Die sozialpädagogische Erziehung des Bürgers. Entwürfe zur Konstitution der modernen Gesellschaft. Wiesbaden, S. 13-28
- Neumann, Sascha 2012: Wirklichkeit und Möglichkeit. Theorie Sozialer Arbeit als Kritik der Gesellschaft. In: Dollinger, Bernd et al (Hrsg.): Gesellschaftsbilder Sozialer Arbeit. Bielefeld
- Niederberger, Andreas 2009: Republikanismus jenseits der Republik? Zur symbolischen Funktion der Demokratie bei Marcel Gauchet, Claude Lefort, Jacques Rancière und Pierre Rosanvallon. In: Hirsch, Michael/Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik und Recht im neueren französischen Denken. Stuttgart, S. 93-114

- Otto, Hans-Uwe/Scherr, Albert/Ziegler, Holger 2010: Wieviel und welche Normativität benötigt die Soziale Arbeit? Befähigungsgerechtigkeit als Maßstab sozialarbeiterischer Kritik. In: *Neue Praxis*, 40. Jg. Heft 2, S. 137-163
- Rancière, Jacques 2010: Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain/Rancière, Jacques (Hrsg.): *Politik der Wahrheit*. Wien, S. 119-156
- 2010: Über den Nihilismus in der Politik. In: Badiou, Alain/Rancière, Jacques (Hrsg.): *Politik der Wahrheit*. Wien, S. 157-188
- 2012: Demokratien gegen die Demokratie. Jacques Rancière im Gespräch mit Eric Hazan. In: Agamben, Giorgio et al (Hrsg.): *Demokratie? Eine Debatte*. Berlin, S. 90-95
- 2002: *Das Unvernehmen*. Frankfurt am Main
- Scheulen, Hans/Szankay, Zoltan 1999: *Zeit und Demokratie. Eine Einstimmung*. In: Lefort, Claude (Hrsg.): *Fortdauer des Politisch-Theologischen?* Wien
- Scherr, Albert 2005: Kapitalismus oder funktional differenzierte Gesellschaft? Konsequenzen unterschiedlicher Zugänge zum Exklusionsproblem für Sozialpolitik und Soziale Arbeit. In: Anhorn, Roland et al (Hrsg.): *Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit*. Wiesbaden
- Wagner, Peter 2010: *Politik und Moderne*. URL: www.boell-bremen.de/dateien/b017edaf88a3b954d369.doc
- Wagner, Thomas 2012: „Und jetzt alle mitmachen!“ Ein demokratie- und machttheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation. In: *Widersprüche* Heft 123, S. 15-40
- Winkler, Michael 2002: *Klaus Mollenhauer. Ein pädagogisches Porträt*. Weinheim und Basel
- Žižek, Slavoj 2001: *Die Tücke des Subjektes*. Frankfurt am Main

*Martina Lütke-Harmann, Universität Duisburg-Essen,
Fakultät für Bildungswissenschaften, Berliner Platz 6-8, 45117 Essen
E-Mail: martina.luetke-harmann@uni-due.de*